

Mittwoch, 8. Januar 2025

# Holzschlag im Bieler Längholz: Kanton macht Zugeständnisse

Zwei Jahre haben Bielerinnen und Bieler um den Längholzwald gekämpft. Nun hat der Kanton teilweise eingelenkt.

Brigitte Jeckelmann

Weniger Bäume aufs Mal fällen. Doppelt so viel Lebensraum für die Natur schaffen. Und die Besucherströme so lenken, dass sie die Natur so wenig wie möglich stören. Das sind im Wesentlichen die Massnahmen im Bieler Längholzwald, die der Berner SP-Regierungsrat und Umweltdirektor Christoph Ammann gemeinsam mit Calvin Berli, dem Leiter des Staatsforstbetriebs, den Medien gestern präsentierte.

Es ist das Ergebnis eines zwei Jahre dauernden Prozesses, während dem sich zahlreiche Bielerinnen und Bieler aktiv für ihren Längholzwald engagiert haben.

Das Massnahmenpaket, das der Kanton beschlossen hat, soll für alle Beteiligten eine Win-win-Situation sein: für den Wald, die Waldbesuchenden, aber auch die Vielfalt an Pflanzen und Tieren im Wald.

Christoph Ammann ist überzeugt: «Es berücksichtigt die Bedeutung dieses stadtnahen Waldes für die Biodiversität, die Holzproduktion und die Erholung.»

## Protest mit Petition mit über 1300 Unterschriften

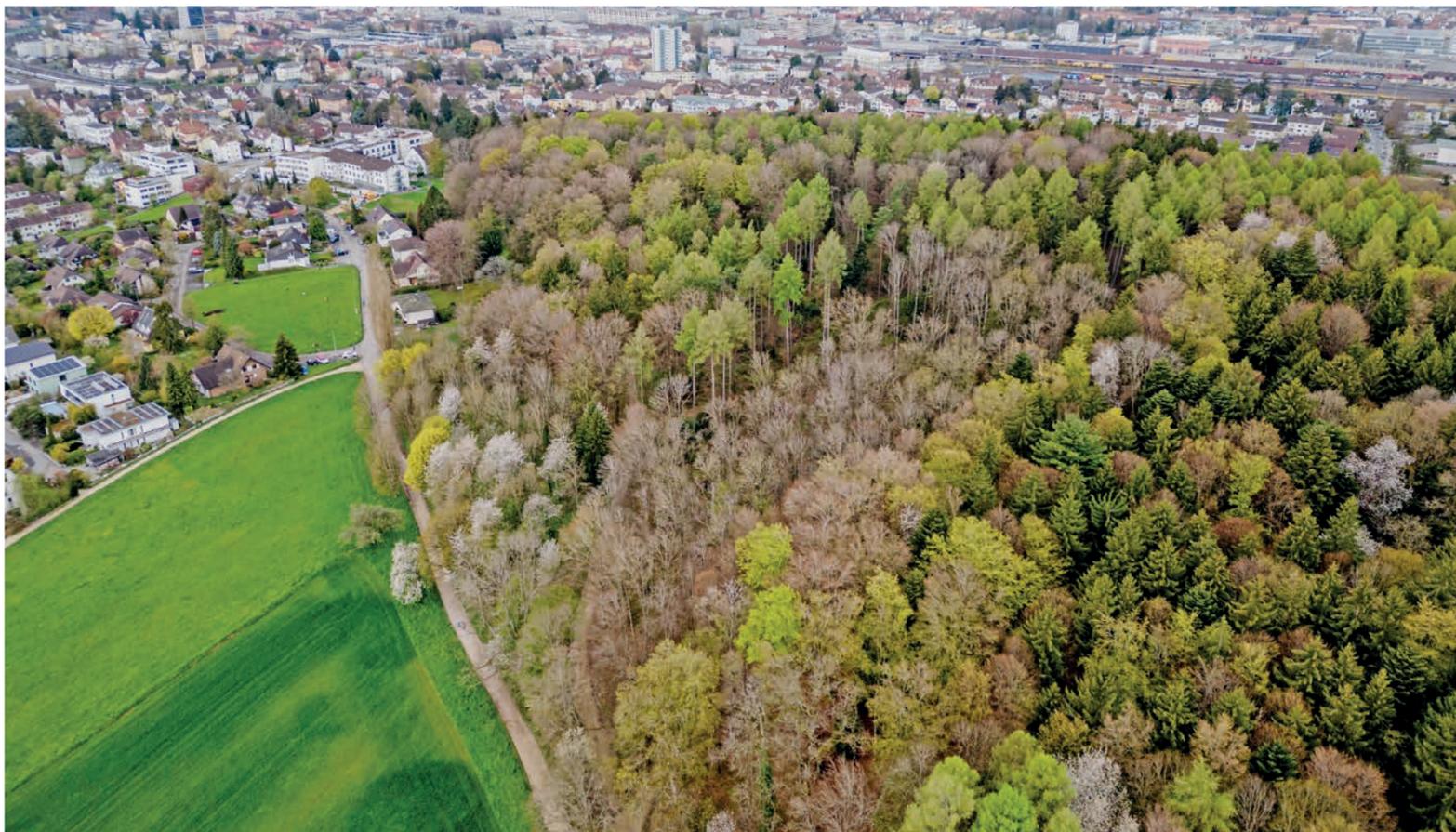
Rückblende: Der Staatsforstbetrieb wollte im Längholzwald 700 Bäume fällen. Doch Bielerinnen und Bieler um die SP-Stadträtin Susanne Clauss und die ehemalige Stadträtin der Grünen Muriel Beck Kadima haben sich mit je einer Petition dagegen gewehrt.

«Stoppt den Kahlschlag im Längholzwald» forderte Clauss mit ihrer Bittschrift, die der zuständige Berner SP-Regierungsrat Christoph Ammann vor ziemlich genau zwei Jahren in einem Paket mit über 1300 Unterschriften erhielt.

In der Zwischenzeit ist viel passiert. In einer Dialoggruppe, die der Kanton einberufen hatte, bestehend aus verschiedenen Interessengruppen, diskutierten rund 20 Personen intensiv darüber, wie sie sich den Längholzwald vorstellen: Soll er von Menschenhand unberührt bleiben, damit die Menschen in der «grünen Lunge» von Biel in Ruhe und ohne den Lärm von schweren Maschinen Kraft tanken können? Wie viel menschliche Hilfe braucht der Wald, damit er auch noch in 50 und 100 Jahren allen Anforderungen gerecht wird?

Wald schafft Kühlung, reinigt die Luft von klimaschädlichem Kohlendioxid. Boden und Wurzelgeflecht des Waldes reinigen Trinkwasser. Im Wald finden Menschen Erholung. Und zudem dient er der Produktion des nachwachsenden Rohstoffes Holz.

Über all diese Themen steckte die Dialoggruppe an acht Sitzungen die Köpfe zusammen. Nicht alle waren dabei glücklich, im letzten November äusserten sich Mitglieder enttäuscht. Sie erarbeiteten einen Bericht, der mehrere Seiten umfasst,



Der Kanton Bern will den Längholzwald künftig schonender bewirtschaften.

Bild: Matthias Käser/a

und überreichten diesen Christoph Ammann. Man habe sich kaum einigen können. Der Berner Staatsforst musste viel Kritik wegen «unsensibler Eingriffe im Wald» einstecken. Der Wunsch der Petition und mancher Mitglieder der Dialoggruppe war eine schonende Bewirtschaftung.

Nun ist der Kanton diesem Wunsch teilweise entgegengekommen: In stadtnahen Wäldern, die in Kantonsbesitz sind, soll dies nun künftig umgesetzt werden, indem man auf kleineren Flächen Bäume fällt, sagt Christoph Ammann. Diese Art Bewirtschaftung nähere sich dem Dauerwald.

Ein Konzept solle dafür die Grundlagen schaffen. Ein Dauerwald zeichnet sich laut Calvin Berli dadurch aus, dass das Waldbild immer etwa gleich bleibe. Dies, weil man nicht ganze Baumgruppen entferne, sondern immer nur einzelne Bäume. So entstünden kleinere Lücken im Wald.

## «Ohne Bewirtschaftung geht es nicht»

Der Nachteil: Die Förster müssen öfter eingreifen. Beispielsweise jedes Jahr statt alle etwa drei Jahre. Auf einer Fläche von fünf Hektaren um den Heidenstein will der Kanton komplett auf Dauerwald umstellen.

Berli macht aber klar: Ohne Bewirtschaftung geht es nicht. Lasse man zu viele Bäume stehen, werde ein Wald zu dunkel, der Jungwuchs bekäme zu wenig Licht zum Grosswerden. Dadurch sinke die Vielfalt an Baumarten, der Wald werde instabil und sei so nicht genügend für die Herausforderungen des Klimawandels gewappnet.

Bezogen auf den ursprünglich geplanten Schlag der 700 Bäume bedeutet das: Sie fallen trotzdem alle, aber verteilt auf mehrere Jahre. Erste Eingriffe sollen schon bald erfolgen, denn sie seien dringend nötig, sagt Berli. Er stellt aber in Aus-

sicht, die zum Fällen ausgewählten Bäume nochmals zu überdenken.

## Die schweren Maschinen bleiben

Weiter wolle man die Massnahmen für die Vielfalt von Tieren und Pflanzen verdoppeln, führt Ammann aus. Konkret heisst das: vier bis sechs statt wie bisher nur zwei Habitatsbäume pro Hektare.

Das sind Bäume, die stehen bleiben dürfen, bis sie umfallen. In solchen Bäumen entstehen mit zunehmendem Alter Baumhöhlen, die für zahlreiche Tierarten Lebensraum schaffen.

Zudem will der Kanton mehr totes Holz im Wald belassen und Altholzinseln schaffen. Auf diesen Flächen lässt man die Natur ohne den Menschen schalten und walten. Zudem will man die Waldränder auflichten. Ein solcher Waldrand besteht aus allerlei Büschen und schafft so einen sanften Übergang vom umliegenden Gelände zum Wald.

Nicht zuletzt soll ein weiteres Konzept die Besucherströme im Wald gezielt lenken. Wie Christoph Ammann erklärt, soll es in Zusammenarbeit mit den Waldeigentümern, der Stadt Biel, der Gemeinde Brügg und Umweltverbänden entstehen.

Das Ziel sei, «einen optimalen Raum für die Erholung der Menschen zu schaffen, Raum für die Natur und gleichzeitig den Wald vor übermässiger Beanspruchung zu schützen». So sollen alle Ansprüche unter einem Hut Platz haben.

All diese Massnahmen sollen nicht nur für den Längholzwald, sondern für alle stadtnahen Wälder in Kantonsbesitz gelten, sagt Ammann: «Im Längholzwald schaffen wir ein Musterbeispiel.»

Doch nebst all diesen Zugeständnissen: In manchen Punkten bleibt der Kanton hart. Den Forderungen nach einer massiven Reduktion des Holzschlags kommt er nicht nach.

Man müsse genügend Bäume fällen, damit der Wald vielfältig, vital und stabil bleibe, sagt Calvin Berli. Auch auf den Einsatz von schweren Maschinen will der Kanton nicht verzichten. Weil sie einerseits kostensparend seien und andererseits die Sicherheit der Mitarbeitenden im Wald garantierten.

## Teilerfolg für Petitionäre: Das sagt Susanne Clauss

Susanne Clauss hätte sich zwar mehr erhofft. Trotzdem freut sie sich über den errungenen Teilerfolg: «Das geplante Konzept für die Lenkung der Waldbesuchenden begrüsse ich sehr», sagt sie. Speziell freut sie sich, dass auf der Fläche rund um den Heidenstein Dauerwald entstehen soll.

Ebenfalls positiv bewertet Clauss die Absicht des Kantons, für die Bewirtschaftung von anderen stadtnahen Wäldern, die Eigentum des Kantons sind, einen Plan zu erarbeiten. «So erhält die Vorgehensweise des Kantons Strahlungskraft über Biel hinaus und findet bestenfalls Nachahmer unter den privaten Waldbesitzern.»

Dann ist aber auch schon fertig mit dem Lob der Bieler SP-Stadträtin, die sich zwischenzeitlich mit einigen Mitstreiterinnen

einer jüngst gegründeten Interessengemeinschaft für den Wald im ganzen Kanton Bern einsetzt. Die Argumentationen von Staatsforstbetriebsleiter Calvin Berli und SP-Regierungsrat Christoph Ammann halten ihrem Urteil nicht stand: «Ich weiss nicht, ob es besser ist, wenn sie jedes Jahr im Wald holzen», sagt sie.

Letztlich bleibe der Kanton ja dabei und wolle das Schlagvolumen beibehalten. Für sie kommt es auf dasselbe heraus, ob man nun alle Bäume aufs Mal fällt oder häppchenweise über längere Zeit: «Was das konkret bringen soll, ist mir schleierhaft.»

Ebenfalls unverständlich ist für Clauss, weshalb sich der Staatsforst nicht zu einer gesamtstaatlichen Bewirtschaftung nach dem Dauerwaldprinzip durchrin-

gen kann. Die Gründe, die Berli anführt, nämlich, dass in einem Dauerwald weniger klimataugliche Bäume wachsen, halten vor ihren Augen nicht stand.

Denn inzwischen gebe es genügend Fakten, die eben gerade für den Dauerwald als Wald der Zukunft sprechen. Als Beispiel nennt sie Forstbetriebe im Kanton Solothurn, die bereits seit über 30 Jahren Dauerwald praktizierten. Diese Wälder seien gesund und mit einer grossen Vielfalt an Baumarten ausgestattet.

Die Massnahmen des Kantons, um die Biodiversität zu steigern, findet sie zwar ebenfalls gut. Doch diese Instrumente seien schon lange vorhanden, dazu hätte es keinen Dialogprozess gebraucht.

Die Hauptanliegen von Clauss, eine Reduktion des Holz-

schlags im gesamthaften Berner Wald und der Verzicht auf schwere Maschinen im Längholzwald, lehnt der Kanton kategorisch ab.

Für sie ist das die grösste Enttäuschung: Die angeführten ökonomischen und ökologischen Gründe sind für sie nicht stichhaltig genug. Der Wald leiste schon jetzt genug, indem er den Menschen Erholung bietet, als Senke für klimaschädliches Kohlendioxid dient und Kühlung schafft. «Er muss nicht noch zusätzlich rentieren.»

Mit dem Ende des Dialogprozesses und der Aufhebung des Holzschlagmoratoriums ist für Susanne Clauss der Kampf aber noch nicht zu Ende. Sie werde sich als Stadträtin weiterhin für den Längholzwald einsetzen. *Brigitte Jeckelmann*